

## **Allgemeines Positionspapier Bildung**

Wir, die Junge Union Kirchheim unter Teck, halten Bildung und Ausbildung für die zentralen Stützpfeiler unseres wirtschaftlichen Erfolges in Baden-Württemberg.

Diese zu vernachlässigen gefährdet unsere aktuelle Spitzenposition als Land der Entdecker und Erfinder. Unsere aktuelle Bildungspolitik ist dringend reformbedürftig. So müssen Lösungen für die schlechte Hauptschulsituation, den demographischen Wandel und das Bildungsgefälle zwischen den einzelnen Bundesländern gefunden werden.

Wir denken, dass man mit der Ausbildung junger Menschen nicht leichtsinnig umgehen, nicht experimentieren und sich vor allem nicht von ideologischen Vorgaben leiten lassen darf. Wir bekennen uns zwar zum christlichen Menschenbild, dennoch liegt folgenden Vorschlägen der Versuch zu Grunde, unabhängig von Ideologie und Vorurteilen einen vernünftigen Ansatz für unsere Bildungspolitik zu finden. Das Ziel muss sein, allen Menschen, unabhängig ihrer persönlichen Begabung, die bestmögliche Entwicklung ihrer Stärken zu ermöglichen.

Die Junge Union Kirchheim unter Teck

## **Unsere Position:**

- Jeder Schüler<sup>1</sup> verdient optimal nach seiner individuellen Begabung und unabhängig seiner Herkunft gefördert zu werden.
- Die Schule muss sich zu einem Ort entwickeln, in dem nicht nur Bildung vermittelt wird, sondern auch kreative und aktive Interessen gefördert werden (technische Ausbildung kreative und sportliche Förderung).
- Die Schulen haben die Pflicht neutral gesellschaftliche, ethische und politische - auch unterschiedliche - Ansichten zu vermitteln und Schüler zu liberalen selbstständigen und mündigen Staatsbürgern zu erziehen.
- Die Schulen mit ihren unterschiedlichen Profilen sollen die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln.

---

<sup>1</sup> Im Folgenden beziehen wir uns bei der Nennung des Wortes Schüler, ebenso auf Schülerinnen –benutzen aber der Einfachheit halber die männliche Form.

## **Wir fordern:**

- das Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem. Nur dieses ermöglicht individuell auf Bedürfnisse von Schülern unterschiedlicher Begabung gerecht einzugehen.
- die allgemeine Einführung der zweijährigen Sekundarstufe ab der vierten Klasse. Denn die Entscheidung über den weiterführenden Bildungsweg in Klasse vier ist zu früh, um optimal die sich noch entwickelnden Begabungen und Fähigkeiten zu erkennen.
- gezielte Investitionen in die Ausbildung der Hauptschul- und Förderschullehrkräften. Besonders Schüler der Haupt- und Förderschulen benötigen eine qualifizierte und individuelle Förderung, um im heutigen Berufsleben bestehen zu können. Diese zusätzliche Ausbildung soll sich auch im Gehalt widerspiegeln.
- Eine flächendeckende Einführung der offenen Ganztageschule und damit verbunden die Einbeziehung der Sport- und Kunstvereine in das Schulleben.
- Die bundesweit einheitliche Stellung der Abschlussprüfungen (Haupt- und Realschulen, sowie Abitur). Hierbei muss der Maßstab an die bildungsstarken Länder angelegt werden. Die Abschlussnoten müssen unabhängig vom Bundesland die Leistungen der Schüler darstellen.
- zentral gestellte Bildung-/Kompetenzpläne, um einen einheitlichen bundesweiten Standard zu gewährleisten.
- die Profilierung einzelner Schulen: Schulprofilierung ist begabungsspezifische Förderung. Das Angebot von Schwerpunktschulen soll erweitert werden. Mit einer Anhebung der Altersgrenze an beruflichen

Schulen muss auf gesellschaftliche Realität reagiert werden.

- Bildung zu vermitteln muss Aufgabe des Staates bleiben, um neben der fachlichen Ausbildung auch die staatsbürgerliche Erziehung umsetzen zu können.
- Die Abschaffung der konfessionsspezifischen Religionsunterrichte und das Ersetzen durch einen allgemein verbindlichen, neutralen Ethikunterricht, indem alle Religionen gemeinsam vermittelt und allgemeine Werte und Konzepte vorgestellt werden. Dies unterstützt Toleranz und Verständnis. Die Schule als staatliche Einrichtung hat sich gegenüber jeglichen Religionen neutral zu verhalten. Der Ethikunterricht soll von ausgebildeten Lehrkörpern ausgehen. Vertreter verschiedener Glaubensrichtungen können miteinbezogen werden.
- Ein allgemeines „Deutschlandpraktikum“, das jeder Jugendliche in der 9. Klasse zu absolvieren hat. In diesem einwöchigen Praktikum steht es dem Jugendlichen frei, Erfahrungen in einer Tätigkeit zu machen, die entweder dem bisherigen Zivildienst oder Wehrdienst zugeordnet werden kann. In diesem Praktikum muss das Ziel sein, Berührungspunkte mit einem eventuellem FSJ oder einen FWD abzubauen.